

# Geopolitik vor Klimawandel

Zypern und Israel wollen ihr Gas in der EU loswerden. Griechenland ist dafür, die Türkei dagegen.

von Pablo Flock

Die Aufregung war groß, als die Untersuchungen verschiedener Energieunternehmen Ende der Nuller-Dekade mehrere Gasfelder in den Kontinentalschelfen von Ägypten, Israel und Zypern zutage brachten. Besonders in den beiden bisher importabhängigen Ländern Israel und Zypern versprach man sich neuen Reichtum durch die fossilen Energiereserven. Doch der Abbau von Gas in Meeresböden unter nahezu 2000 m tiefem Wasser ist aufwendig und kostenintensiv. Zudem wirken Zeit und Klima-Besorgte, die die Verbrennung fossiler Energieträger lieber gestern als morgen verboten sähen, in diesem Falle auch nicht als Wirtschaftsförderung.

Israel, dessen Gasversorgung aus Ägypten durch den arabischen Frühling bedroht wurde, begann schon 2011 mit der Förderung von Gas aus dem zuerst entdeckten, kleineren Tamar-Gasfeld. Fürs Erste decken die Vorkommen des Tamar-Gasfelds zwar den israelischen Bedarf. Da sich dieser wohl aber weiter steigern wird und Devisen locken, sollte auch das größere, 2010 gefundene Leviathan-Gasfeld erschlossen werden. Dafür fehlten, nach einer Serie missglückter Deals Mitte der Zehner-Dekade, jedoch lange die sogenannten Anker-Klienten, die sich für eine vertraglich festgelegte Zeit verpflichten jährlich eine bestimmte Menge abzunehmen und dem Investment eine Rentabilität garantieren.<sup>1</sup>

Ein Deal mit Ägyptens Militärjunta, die den gewählten Präsidenten Mohammed Mursi 2013 wegputschte, den freundlichen West-Kurs des ehemaligen Diktators Mubarak weiterführte und auch Israel gegenüber besser gestimmt war, sorgte dafür, dass ab 2015 wieder Gas durch die berühmte Pipeline floss – dieses Mal jedoch von Israel nach Ägypten. Im selben Jahr wurde allerdings in ägyptischen Gewässern das größte Gasfeld im Mittelmeer gefunden, das Zhor-Gasfeld, welches Israels Absatzmarkt in dem Land erheblich schmälern könnte. Die verschiedenen schützenden Mächte des Landes scheinen jedoch zusammenzuspie-

len, um die überschüssige fossile Energie doch noch zu Geld zu machen, zu Euros, genauer gesagt. Zusammen mit Griechenland und Zypern, dessen 2011 gefundenes Gasfeld Aphrodite unter denselben Entwicklungshemmern leidet, laufen seit Anfang der Dekade Verhandlungen über den Bau der längsten Unterwasser-Pipeline der Welt, die israelisches und zyprisches Gas über Griechenland zu den europäischen Absatzmärkten bringen soll. Die Eastern Mediterranean Pipeline, kurz East-Med, war schon 2013 von der EU anvisiert worden, wie Pläne zur Entwicklung des Südlichen Gaskorridors und einer Nord-Süd Gasverbindung aus dem Jahr zeigen.<sup>2</sup> Die EU sprang dann auch mit knapp 35 Mio. Euro für technische, ökonomische und ökologische Studien im Vorfeld ein. Nach der Unterzeichnung eines weiteren Deals der drei Länder Ende März 2019, erhob die EU die Pipeline zu einem „Projekt des gemeinsamen Interesses“ für die Diversifizierung des europäischen Energiemixes – was im Energiesicherheits-Jargon so etwas wie eine verringerte Abhängigkeit von Gasimporten des bisher größten Exporteurs Russland bedeutet.

## Diversifizierung gegen Russland

Bei der Unterzeichnung dieses Abkommens war auch der damalige US-Staatssekretär Pompeo zugegen, der die europäische Loslösung von russischem Gas aus geopolitischen Gründen natürlich unterstützte – und, in Übereinstimmung mit der unbedingten Unterstützung israelischer Interessen durch die Trump-Regierung, Israels Anbindung an neue Absatzmärkte befürwortet. Zusätzlich wurde im Dezember 2019 ein Gesetz zur Ostmediterranen Sicherheits- und Energie-Partnerschaft verabschiedet,<sup>3</sup> das neben einem US-Energiezentrum in der Region auch 3 Mio. Dollar Militärhilfe an Griechenland und Militärtraining für Griechenland und Zypern autorisierte, während es den Export von F-35 Tarnkappenbomben an die Türkei blockierte.<sup>4</sup>

Nicht von der Partie bei der Unterzeichnung des trila-

teralen Deals war jedoch Italien, dessen Unterstützung aber unerlässlich für das Projekt ist, da das Gas nur mit der letzten, Griechenland und Italien verbindenden Poseidon-Pipeline<sup>5</sup> sinnvoll an das innereuropäische Gasnetz angeschlossen werden kann. Das lange Zögern Italiens gab Anlass zu Spekulationen, die besonders bei einer Uneinigkeit in der krisengeplagten Koalition von Demokraten und Fünf-Sterne-Bewegung ankamen. Geäußert wurden jedoch Bedenken gegenüber dem Mehrwert der Pipeline, da eine andere Leitung, die Transadriatische Pipeline (TAP), seit Ende 2020 schon Gas aus Aserbaidschan über die Türkei und den Balkan nach Italien und in das europäische Netz bringt.

Obwohl das mehrheitlich dem italienischen Staat gehörende Energieunternehmen ENI an mehreren Förderprojekten im östlichen Mittelmeer beteiligt ist, gehört (oder gehörte?) Italien auch zu den letzten Fürsprechern der Türkei in der Union, mit der zusammen es auch die international anerkannte libysche Einheitsregierung unterstütz(e).<sup>6</sup> Und die Türkei ist derweil auch gar nicht amüsiert über die transmediterranen Leitungsbauer. Der Wunsch der Türkei, die EastMed zu stoppen und gegebenenfalls selbst einige der Rohstoffe in ihre Hand zu bringen, wird vielfach als Motiv für den umstrittenen Deal mit der libyschen Einheitsregierung genannt, bei dem Ende November 2019 eine ausschließliche Wirtschaftszone zwischen den beiden Ländern im Mittelmeer beschlossen wurde. Dieses Abkommen, das international nicht nur von den USA und der EU, und besonders energisch von Frankreich, verurteilt wurde, sondern auch in Libyen von der rivalisierenden Regierung des Abgeordnetenhauses in Tobruk, ist zwar im Januar 2021 auch von einem libyschen Gericht als nichtig erklärt worden, hat aber zwischenzeitlich ein wildes Säbelrasseln in der Gegend ausgelöst.



Fahnen der No TAP in Italien. Quelle: Flickr/ Alessandra Tommasi.

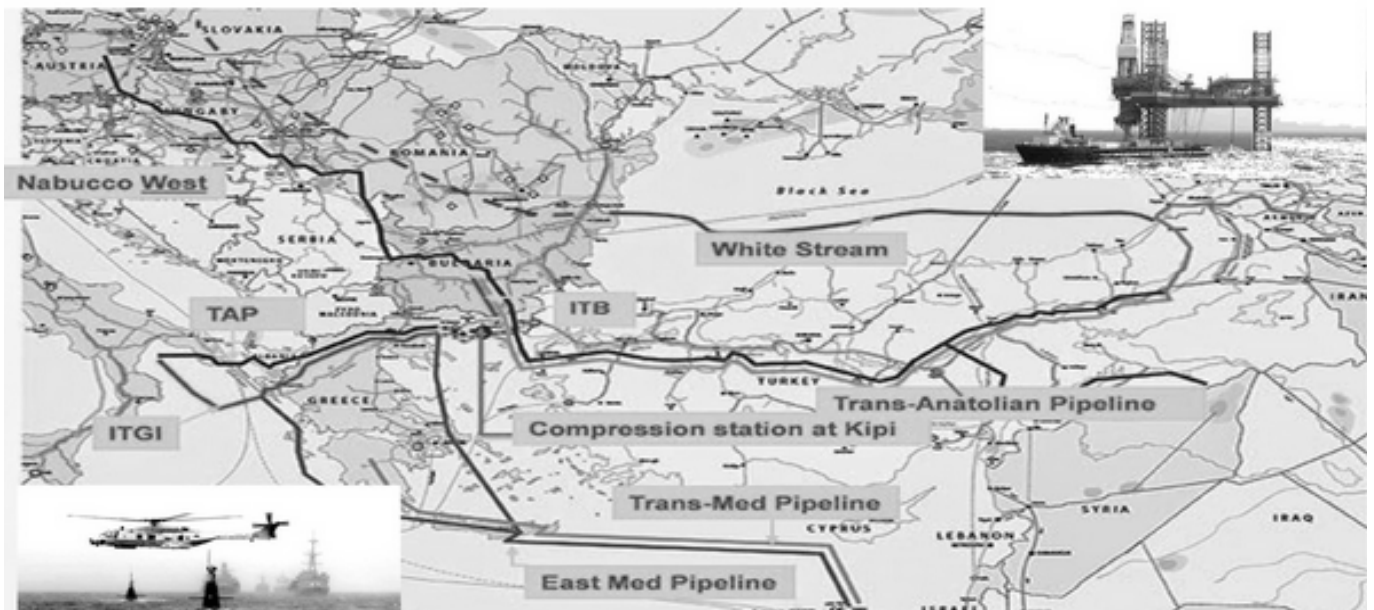
## Konkurrierende Seegrenzen

Das international von keinem anderen Land gebilligte binationale Abkommen veranlasste Griechenland und Ägypten im August 2020, eine mit der libysch-türkischen Zone überschneidende, ausschließliche Wirtschaftszone zu beschließen. Ein weiteres Abkommen zwischen Griechenland und Zypern über angrenzende bzw. gemeinsame ausschließliche Wirtschaftszonen scheint zwar legal auf ähnlich dünnen Beinen zu stehen wie das türkisch-libysche Abkommen. Da die Türkei den betreffenden UN-Seerechtsvertrag UNCLOS und die Gerichtsbarkeit im Internationalen Gerichtshof nicht anerkennt, kann dies jedoch nicht vor Gericht gekippt werden – und bleibt deswegen Sache von mehr oder weniger harter Diplomatie.<sup>7</sup>

Der Hauptgrund für diese Wirren des internationalen Rechts sind fehlende Absprachen zwischen den beiden historischen Antagonisten Griechenland und Türkei hinsichtlich der verschiedenen griechischen Inseln nahe dem türkischen Festland. Das Kastelorizo-Problem, exemplarisch nach einer der südlichsten Inseln Griechenlands benannt, bezeichnet das Absprachen-Vakuum um kleine, bewohnte Inseln, die volle 200 km ausschließliche Wirtschaftszone beanspruchen und damit aber die Türkei, deren Festland in Sichtweite liegt, um ihre ausschließliche Wirtschaftszone bringen. Als Mitte 2020 türkische Boote Probebohrungen nahe griechischer Inseln machten, was beinahe zu Zusammenstößen zwischen Flotten der beiden NATO-Nachbarn führte, wurde das explosive Potential dieser fehlenden Absprachen gepaart mit der beidseitigen Neigung, auf *faits accomplis* zu setzen, in ganz Europa spürbar.

Die ägyptische Öffentlichkeit war empört, aber ohnmächtig, als der langjährige Diktator Husni Mubarak 2008 begann, Gas nach Israel zu verkaufen. Die Unterstützung für die palästinensische Unabhängigkeit ist in dem Nachbarland traditionell hoch. Später wurde bekannt, dass Israel auch in den Genuss verbilligter Preise kam, was die Ägypter rund 714 Mio. Dollar kostete, wie es der Staatsanwalt im Prozess gegen den 2011 gestürzten Diktator bezifferte. Andere [Experten](#) sprachen vom Fünfeinfachen dieser Summe. Die Firma Dolphinus, die seit 2018 Gas aus Israel importiert, ist nach Recherchen des investigativen Nachrichten-Netzwerks [Mada Masr](#) eine in verschiedenen Steuerparadiesen angesiedelte Tarn-Firma des Geheimdiensts GIS, aus dessen Reihen der Vorstand besetzt wird. Trotz eigener Gasreserven lohnt sich der Import, da sich die Investition in Flüssiggas-Infrastruktur durch höhere Mengen und Export schneller amortisieren.

# ΜΑΣ, ΛΗΛΑΣΙΑ ΤΗΣ ΦΥΣΗΣ ΚΑΙ ΠΟΛΕΜΟΥΣ



Karte der geplanten und fertigen Pipelines im Mittelmeer in einem Ausschnitt des Flyers „Extraktionen bringen eine Verschlechterung unserer Lebensqualität, die Plünderung der Natur und Krieg mit sich!“. Quelle: [athens.indymedia.org/](http://athens.indymedia.org/)Kollektiv der Anarchist\*innen aus dem Osten (Συλλογικότητα αναρχικών από τα Ανατολικά).

Inwieweit diese öffentlichkeitswirksame Aktion der Probebohrungen und auch das frech bis satirisch anmutende Abkommen zwischen der Türkei und der libyschen Einheitsregierung bloße Mahnungen sind, die Energieprojekte des östlichen Mittelmeers nicht an der Türkei vorbei zu entwickeln, darüber lässt sich spekulieren. Klar ist jedoch, dass sich die Türkei ihre angestrebte Position als Energieknotenpunkt, über den fossile Brennstoffe von Anrainern des Kaspischen Meers, allen voran Aserbaidschan, aus dem Nahen Osten und eben auch dem östlichen Mittelmeer (kostenpflichtig) nach Europa fließen, nicht verderben lassen will. Die Türkei schlug Israel zwar vor, die Pipeline über türkisches Land zu bauen.<sup>8</sup> Doch die wachsende türkische Unterstützung der palästinensischen Unabhängigkeit – und auch der Hamas und anderer islamistischer Gruppierungen in der Region – lassen einen solchen Deal unwahrscheinlich erscheinen.

## Türkei – Freund oder Feind?

In Griechenland, wo die Erinnerung der osmanischen Besetzung und der Vertreibung vieler in der Türkei lebender Griechen besonders bei den Älteren noch lebhaft ist, scheint man dem (zumindest auf dem NATO-Vertragspapier) Verbündeten eine solche Stellung jedoch nicht gönnen zu wollen. So wurde jedenfalls im griechischen Staatssender ERT vom „Schutzschild gegenüber türkischen Aggressionen“ gesprochen. Zudem wäre es wohl nicht unrentabel, eine Gasversor-

gung Kretas zustande zu bringen und zusätzliche Devisen über den Weitertransport selbst einzusacken. Besonders laute Rückendeckung bekommt Griechenland dabei von Frankreich, das nicht nur über den an verschiedenen Explorationsprojekten beteiligten französischen Energiegiganten Total profitiert, sondern auch von den Aufrüstungsplänen Griechenlands. Mit einer Bestellung von 18 Kampffjets und vier Fregatten konnte die ehemalige Seefahrernation Frankreich für sein Säbelrasseln gewinnen. Auch in Deutschland im Hause Thyssen-Krupp gebaute U-Boote für Israel könnten in einem resultierenden Konflikt zum Einsatz kommen.<sup>9</sup> An erster Front lägen, bei einer weiteren Erhitzung dieses Konflikts, die Bewohner Zyperns und besonders die der geteilten Hauptstadt Nicosia. Auch im Konflikt um die EastMed ist die Forderung, dass die zyprische Regierung die Gas-Einnahmen aus den südlich gelegenen Gewässern mit der türkischsprachigen Minderheit im Norden teile, eine rote Linie für die Türkei. Doch Zypern scheint einer Gewinnbeteiligung nur im Falle einer föderalen Wiedervereinigung zustimmen zu wollen. Die erscheint nach den jüngsten Gesprächen aber als unwahrscheinlich. Um Frieden und Stabilität im Mittelmeer zu bewahren und den bisher stark von russischen und iranischen Gasimporten abhängigen Bündnispartner Türkei stärker an den Block zu binden, drängen auch US-amerikanische Strategen<sup>10</sup> und Autoren regierungsnaher Think-Tanks wie der Stiftung Wissenschaft und Politik<sup>11</sup> und des European Council for Foreign Relations für eine stärkere Einbindung der Türkei.<sup>12</sup>

Neben der geopolitischen Rangelei sollte jedoch vor allem die Kontroverse geführt werden, ob es eine sinnvolle Zukunftsinvestition ist, für 7 Mrd. Euro eine 2.000 km lange und in bis zu 3.000 m Tiefe liegende Pipeline zu bauen – zumal keine Gasknappheit besteht. Auf Militarisierung und Ressourcenverschwendung zu setzen, wird keinen nachhaltigen Frieden bringen und auch keine nachhaltige Energie.

Seitdem die Türkei 1974 in Nord-Zypern einmarschierte, um die damals knapp 20% der Bevölkerung ausmachende türkische Minderheit vor einer Eingliederung in die griechische Nation zu bewahren, ist die drittgrößte Mittelmeer Insel geteilt. Den türkischen Truppen gelang es damals, 37% der Insel zu besetzen. Sie kamen bis zur sogenannten grünen Linie, die zehn Jahre vorher von der britischen Schutzmacht etabliert wurde, um Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen zu verhindern. Die seitdem unumkämpfte Grenze wird – außerhalb des Gebiets der britischen souveränen Basis Dhekelia – von einer Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen überwacht. Nach verschiedenen Vermittlungsversuchen erklärte sich Nord-Zypern 1983 unabhängig, wurde aber seitdem nur von der Türkei anerkannt.

Trotz vieler Verhandlungsrunden vorher und nachher scheint die zyprische Einheit nach der Ablehnung des Annan-Plans im Jahre 2004 weit in die Ferne gerückt. Der nach dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan benannte Plan sah eine lose Föderation zweier Bundesstaaten mit je eigenen Parlamenten, einem Senat auf föderaler Ebene und einem Präsidialrat mit rotierendem Vorsitz in der Exekutive vor. Während die Schutzmächte Großbritannien und Türkei, und weniger auch Griechenland, den Plan unterstützten, wurde er im Referendum im türkischen Gebiet Zyperns angenommen, scheiterte aber knapp im griechischen Teil. Viele Vertriebene aus dem Norden empfanden die Reparationszahlungen als ungenügend. Seit 2008 trafen sich die Regierenden beider Seiten wieder und 2014 bekräftigten beide Seiten in der einzigen gemeinsamen Erklärung seitdem den Willen zur föderalen Einheit. Doch der verantwortliche Präsident Nord-Zyperns, Mustafa Akıncı, wurde im Oktober 2020 vom – von der Türkei bevorzugten – Hardliner Ersin Tatar abgelöst, und in den jüngsten Verhandlungen vom 27. bis 29. April 2021 [bestand](#) Nord-Zypern auf einer Zweistaatenlösung. Am Wochenende vorher hatten in der geteilten Hauptstadt Nicosia auf beiden Seiten der Grenzbefestigung Menschen für Einheit, Frieden und Demokratie demonstriert, wie [CDF Press Review](#) berichtete.

## Anmerkungen

- 1 Yaniv Bar: Natural Gas Sector in Israel. An Economic Survey. Jan. 2017, Bank Leumi (gespeichert auf wayback machine) [english.leumi.co.il](http://english.leumi.co.il).
- 2 Regulation (EU) No 347/2013 on guidelines for trans-European energy infrastructure, 17.4.2013 [eur-lex.europa.eu](http://eur-lex.europa.eu).
- 3 Todd Prince: Congress Passes More Legislation Aimed at Curbing Russia's Energy Grip on Europe. 21.12.2019 RadioFreeEurope/Radio Liberty [rferl.org](http://rferl.org).
- 4 Menendez Bill to Reshape US-Strategy in the Eastern Mediterranean Approved by Foreign Relations Committee of the Senate, 25.6.2019 [foreign.senate.gov](http://foreign.senate.gov) Die Blockade der Jet-Exporte an die Türkei wird auch mit dem Kauf von russischer Raketenabwehrsystemen begründet, da der Kauf ein Verstoß gegen die US-Sanktionen gegen Russland ist.
- 5 Der ehemalige italienische Premierminister Giuseppe Conte distanzierte sich im Mai 2019 vom Bau der Poseidon-Pipeline. (Italy opposes Poseidon gas pipeline landfall, 7.5.2019 [reuters.com](http://reuters.com)) Die Pipeline könnte sowohl an die East Med, die transadriatische Pipeline TAP, die Gas aus Aserbaidschan befördert, oder an Pipelines aus Russland angeschlossen werden. Nachdem Italiens neuer Premier Mario Draghi Erdogan einen Diktator nannte, witterten Interessierte ihre Chance und forderten ihn auf, auch endlich grünes Licht für Poseidon und EastMed zu geben. (Sarantis Michalopoulos: Sign EastMed pipeline deal Mr. Draghi! 12.4.2021 [euractiv.com](http://euractiv.com)).
- 6 Seit die Libysche Nationalarmee (LNA) unter Haftar mehr Land und Ölquellen kontrolliert (Ayman al-Warfalli: Eastern Libyan Forces regain control of El Feel oilfield: LNA. 27.11.2019 [reuters.com](http://reuters.com)), bemüht sich Italien, im Interesse des italienischen Energiekonzerns ENI, der den libyschen Markt dominiert, um Äquidistanz zu den beiden libyschen Verwaltungsstrukturen. (Eni on living through the chaos in Libya, 27.9.2019 [energyvoice.com](http://energyvoice.com)).
- 7 Malte Daniljuk: EastMed. Konfrontativ und rechtlich fragwürdig, 27.12.2020 [heise.de/tp](http://heise.de/tp).
- 8 Turkey, Israel hold first meeting for pipeline project, 15.11.2016 [yenisafak.com](http://yenisafak.com).
- 9 Wegen einer Korruptionsaffäre wurde der U-Boot-Deal vorerst auf Eis gelegt, scheint nun aber doch realisiert zu werden. (German Submarine Sales to Israel. World Peace Foundation [sites.tufts.edu/corruptarmsdeals](http://sites.tufts.edu/corruptarmsdeals)).
- 10 Tim Robinson und Geordie Jeakins: Squaring the Triangle: Why Turkey and the EastMed project need each other. 12.4.2019 [warontherocks.com](http://warontherocks.com).
- 11 Stefan Wolfrum: Israel widersprüchliche Gasexportpolitik. Das Werben für eine transkontinentale Pipeline steht dem erklärten Ziel regionaler Kooperation entgegen. Okt. 2019, Stiftung Wissenschaft und Politik [swp-berlin.org](http://swp-berlin.org).
- 12 Malte Daniljuk: Ärger an der EU-Peripherie. Die Gasvorkommen im Mittelmeer. 20.12.2020, Telepolis [heise.de/tp](http://heise.de/tp).